

## 01) Polen will nun eine echte Mauer an seiner Ostgrenze bauen

11. 10. 2021



Ministerpräsident Mateusz Morawiecki an der Grenze · Foto: Facebook

Angesichts [einer Migrationskrise, die eindeutig von den weißrussischen Behörden an der Ostgrenze verursacht](#) wurde, bemühen sich die polnischen Behörden intensiv um eine Lösung. So erwägen sie jetzt, nicht nur einen Zaun, sondern eine richtige Mauer zu bauen, um die Migranten aufzuhalten, und haben sich die Zusammenarbeit mit der Türkei bei der Aufklärung gesichert.

### **Die modernste Grenze Europas**

Angesichts einer Situation, die sich nicht verbessert – allein am 1. Oktober versuchten 601 Migranten, illegal nach Polen einzureisen – versprach der polnische Innenminister Mariusz Kamiński, die Grenze zu Weißrussland zur „modernsten in Europa“ zu machen, was die Sicherheit betrifft, sprich zu einer „undurchdringlichen“ Grenze. Daher muss der 2,5 Meter hohe Stacheldrahtzaun, der in der Notlage errichtet wurde, durch eine „viel höhere“ Mauer ersetzt werden, die sich insbesondere an dem orientiert, was die Griechen, Ungarn oder Spanier in diesem Gebiet bereits errichtet haben.

Kamiński zufolge wird diese künftige Grenzmauer auch mit einem Perimetersystem aus Bewegungssensoren und Wärmebildkameras ausgestattet sein:

„Jedes Mal, wenn ein Versuch [des illegalen Grenzübertritts] unternommen wird, werden die Informationen sofort an unsere Wachleute weitergeleitet, und sie werden sofort reagieren.“

Aufgrund der aktuellen Krise setzt Polen derzeit 4.000 Grenzschrützer und 25.000 Soldaten an der Grenze zu Weißrussland ein, während der am 2. September verhängte [Ausnahmezustand im Grenzgebiet](#) um weitere 60 Tage verlängert wurde.

### **Zusammenarbeit mit der Türkei bei der Aufklärung**

Die polnische Regierung begnügt sich jedoch nicht damit, das Problem nur an der Grenze zu lösen, sondern versucht auch, im Vorhinein zu handeln. Der polnische Außenminister Zbigniew Rau und sein türkischer Amtskollege Mevlt avusođlu haben am Montag (4. Oktober) in Warschau vereinbart, die Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten beider Länder zu verstärken, um die illegale Migration arabischer Bürger von Weißrussland nach Polen zu bekämpfen. *„Ich habe die Probleme im Zusammenhang mit der illegalen und unkontrollierten Auswanderung über Weißrussland in unser Land angesprochen.*

*Ich habe meinen türkischen Kollegen auch gebeten, der seit mehreren Monaten andauernden Praxis mehr Aufmerksamkeit zu schenken, die mit den Versuchen der in Minsk ankommenden Migranten zusammenhängt, unsere Ostgrenze auf verschiedenen Wegen zu berqueren.“*

erklärte Rau nach seinem Treffen mit avusođlu, der die Bereitschaft der Türkei zur Zusammenarbeit mit Polen und Litauen in diesem Bereich betonte.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VISEGRD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**02) Dänische Volkspartei und Inger Støjberg: gemeinsamer Gesetzentwurf, der Abschiebung von 50.000 Einwanderern vorsieht**



Inger Støjberg: Ehemalige dänische Ministerin für Einwanderung und Integration -  
Bildquelle: FDS

**Die Zusammenarbeit zwischen der DF und Støjberg wird noch enger: Jetzt schlagen sie gemeinsam ein Abschiebengesetz vor.**

Die ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Liberalen Partei, Inger Støjberg, hat sich mit der Dänischen Volkspartei zusammengetan, um einen Gesetzesentwurf zu erarbeiten, der die Abschiebung Tausender von Einwanderern bis 2030 vorsieht.

Konkret schlagen Støjberg und der DF vor, dass 70 Prozent der Menschen, die seit 1983 als Flüchtlinge oder Familienangehörige nach Dänemark gekommen sind, abgeschoben werden sollen, wenn sie eines oder mehrere dieser Kriterien erfüllen:

- bestimmte Integrationsprogramme nicht abgeschlossen haben
- einen dänischen Sprachtest auf einem bestimmten Niveau nicht bestanden haben
- in sieben der letzten zehn Jahre keine reguläre Arbeit gehabt haben
- mehr als zwölf Monate lang ununterbrochen Geldleistungen erhalten haben
- zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten verurteilt worden sind
- in mehr als acht der letzten zehn Jahre Sozialhilfe bezogen haben.

Kristian Thulesen Dahl, Vorsitzender der Dänischen Volkspartei, und Inger Støjberg schätzen, dass etwa 50.000 Einwanderer abgeschoben werden sollten.

**„Wir haben es satt“**

*„Dies ist eine Antwort auf all die Menschen, die nach Dänemark gekommen sind und sich nicht so verhalten haben, wie wir es erwartet haben. All das – sagen wir es einfach so, wie es ist – haben wir satt“,* so Støjberg gegenüber Jyllands-Posten.

Inger Støjberg wird gefragt, warum sie diesen Vorschlag nicht unterbreitet hat, als sie Ministerin für Einwanderung und Integration war (bis Juni 2019):

*„Wenn ich ganz realistisch sein soll: Ich glaube nicht, dass es dafür Unterstützung gab. Aber die Dinge haben sich seither geändert. Wir haben eine Regierung, die manchmal versucht, eine relativ strenge Einwanderungspolitik zu betreiben. Ich hoffe, dass dies zu einer Änderung der dänischen Politik beitragen wird.“*

Sowohl Inger Støjberg als auch Kristian Thulesen Dahl sind sich darüber im Klaren, dass der Gesetzesentwurf höchstwahrscheinlich im Widerspruch zu den internationalen Konventionen stehen wird, denen Dänemark beigetreten ist:

*„Die Geschichte hat uns gelehrt, dass man mit Konventionen mehr erreichen kann, als man, was man uns normalerweise zu Beginn sagt. Das Folketing muss mit 90 Mandaten beschließen, was wir wollen. Dann können wir entweder kämpfen, wenn jemand meint, dass es gegen die Konvention verstößt – oder wir können etwas unternehmen“,* so Kristian Thulesen Dahl gegenüber der Zeitung.

Der Sprecher der Christdemokraten, Jens Rohde, nennt den Vorschlag von Støjberg und der DF „geradezu pervers“.

Quelle: [FDS](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **03) Die Niederlande können die afghanische Migration nicht bewältigen**

06. 10. 2021



Ankie Broekers-Knol · Bildquelle: ReactNieuws

**...hatte die Staatssekretärin Ankie Broekers-Knol erst vor kurzem erklärt; doch inzwischen hat die Staatssekretärin für Justiz und Sicherheit ihre in einem seltenen Moment der Aufrichtigkeit und des Mitgefühls geäußerten Worte bezüglich des massiven Zustroms von Afghanen in die Niederlande wieder zurückgenommen.**

Noch Anfang dieser Woche erklärte Broekers-Knol (VVD) als Reaktion auf den Trommelwirbel von Aktivisten über die mögliche massive Ankunft von etwa 100.000 Afghanen in den Niederlanden: „Das können wir nicht verkraften“ und die Folgen von Afghanistan seien ein „Brain Drain“, also ein Abfluss von Wissen. Broekers-Knol musste jedoch unter dem Druck der Systempresse, extremer politischer Parteien und der verschiedenen Lobbys ihre Worte zurücknehmen.

Seit Wochen stimmt die Systempresse darüber ab, dass die Niederlande nach dem Abzug einiger niederländischer Soldaten aus Afghanistan wieder massenhaft Menschen ins Land bringen sollten, weil das moralisch richtig wäre. Die Hoffnung der Einwanderungslobbyisten ist daher groß, dass ein neuer Zustrom von Migranten und ihre Verteilung auf das ganze Land die notwendigen Mittel und Arbeitsplätze für eine lange Zeit bereitstellen kann.

Ankie Broekers-Knol, als Niederländerin und Teil der Gesellschaft, reagierte zunächst mit einer abweisenden Geste. Sie multiplizierte die 23.000 Anträge aus Afghanistan, in die Niederlande einreisen zu dürfen, mit 5, um auf die Zahl von 100.000 Afghanen zu kommen, um die sich die niederländische Gesellschaft kümmern muss. Bei all den Problemen im Zusammenhang mit Integration und Einwanderung ist dies eine nahe liegende Reaktion, aber die Staatssekretärin musste bald einen Rückzieher machen, nachdem die Regierungspartei D'66, die führende Stimme in der Frage des Zuzugs von Afghanen in die Niederlande, harsche Worte gefunden hatte.

Quelle: [ReactNews](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

#### **04) Polen verhindert erneut über 1000 Grenzübertritte – Iraker wollten Grenze stürmen**

05. 10. 2021



Bilder: screenshot youtube

Allein letzten Samstag registrierte der polnische Grenzschutz fast 400 Versuche, die polnisch-weißrussische Grenze illegal zu überqueren teilte der Grenzschutz am Sonntag auf Twitter mit. Grenzschutzbeamte nahmen 29 illegale Einwanderer fest. Die übrigen etwa 1000 Versuche am Wochenende wurden verhindert. Drei ausländische Schlepper wurden wegen Beihilfe festgenommen: ein Syrer, ein Ukrainer und ein deutscher Staatsbürger, berichtet [Forsal.pl](https://www.forsal.pl).

Sogenannte „Flüchtlinge“ werden aufgrund der Erfahrungen aus Grenzübertritten in die EU der letzten Jahre, die ihren bzw. den Schleusern, nicht entgangen sind, immer frecher und gewaltbereiter. Das Resultat: Eine ganze Horde irakischer „Schutzsuchender“ versuchten die EU-Außengrenze zu stürmen. Im Video (hier unten) ist zu sehen wie polnische Grenzschutzbeamten und eine Armeepatrouille versuchen, eine große Gruppe illegaler irakischer „Flüchtlinge“ am Grenzübertritt zu hindern. Allesamt kräftige junge Männer, die in den Augen westlicher Humanisten besonders schutzbedürftig sind.

Seit August hat der Grenzschutz über 10.000 Versuche vereitelt, die polnisch-weißrussische Grenze illegal zu überqueren, und 15.000 Menschen wurden im Landesinneren festgenommen und in Flüchtlingszentren gebracht. Allein im September wurden 7.535 Versuche unternommen, die Grenze zwischen Polen und Weißrussland zu überqueren.

Das viele der durchgekommen „Geflüchteten“ plötzlich in der Wunschdestination Deutschland auftauchen, versteht sich von selbst.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **05) Italien: Ein zivilisiertes Land mit Einwandererslums?**

03. 10. 2021



*Bildquelle: VoxNews*

Es ist jetzt bestätigt, dass es die illegalen Einwanderer von Raggi waren, die den Brand und den teilweisen Einsturz der Eisernen Brücke (Ponte di Ferro) in Rom verursacht haben:

Video-Player

Unter der Brücke wurden die Überreste der Barackensiedlung der Immigranten gefunden, die von den Flammen verschlungen wurde, bevor diese auf die Vegetation und die darüberliegende Brücke übergriffen. Die Hitze hat deren Stabilität möglicherweise völlig untergraben.

Unterhalb der Eisernen Brücke, die gestern Abend im Stadtteil Ostiense in Rom in Brand geraten war, stürzte der Wartungsgang in den Flammen ein. Die Barackensiedlung mit ihren behelfsmäßigen Betten und Wäscheleinen befand sich direkt unter den Pylonen. Es ist bekannt, dass die „Bewohner“ des Slums häufig mit Gasflaschen kochten.

Während noch immer Rauch aus dem Sockel der Brücke aufsteigt, blicken viele Schaulustige über die Absperrungen hinweg, um sich selbst ein Bild von der verheerenden Szene zu machen. Eine Frau sagt: „Wer weiß, wie lange sie es noch so lassen werden. Wir mussten schon mit unseren Fahrrädern Slalom durch das unkultivierte Gras und den Müll fahren.“

Einige Viertel in der Nähe von Ostiense sind nach dem Brand an der Eisernen Brücke in Rom ohne Energiezufuhr. Die Brücke verbindet zwei der wichtigsten Stadtteile Roms, Marconi und Ostiense, und es besteht die Gefahr, dass ab morgen ein Verkehrschaos entsteht.

Quelle: [VoxNews](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **06) Migranten, denen Schweden Asyl gewährte, machen hochhoffiziell Urlaub zu Hause**

03. 10. 2021



Bildquelle: YouTube

**Wie die internationale Nachrichtenagentur V4NA berichtet, sind Migranten, die in Schweden Asyl beantragt und erhielten dann auf Kosten des Aufnahmestaats in den Urlaub gefahren.**

Die schwedischen Streitkräfte haben kürzlich im Auftrag des Außenministeriums mehr als 1.100 Menschen aus Afghanistan nach Schweden geflogen. Unter den „Passagieren“ befanden sich mehrere Afghanen, die zuvor in Schweden aufgrund von Verfolgung Asyl beantragt und erhalten hatten – und dann beschlossen, gegen den Rat des Außenministeriums in den Urlaub „nach Hause“ zu fahren.

Die Kosten für den Transport und die umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen sind hoch, wie die [schwedische Presse](#) berichtet.

<https://www.youtube.com/watch?v=vcUhUvFQveQ>

Die schwedischen Steuerzahler haben diese Kosten bisher getragen, obwohl Außenministerin Ann Linde zuvor erklärt hatte, dass diejenigen, die gegen den Rat des Außenministeriums nach Afghanistan zurückreisen, die Kosten selbst tragen sollten.

Es ist noch nicht klar, wie die Kosten berechnet werden, aber es wird die afghanischen Heimkehrer nicht viel kosten, „es wird nur ein wenig teurer als ein normales Flugticket sein“, sagte die Außenministerin.

Der Europaabgeordnete [Sven-Olof Sällström](#) fragte die Außenministerin kürzlich, ob er es für angemessen halte, dass Menschen, denen in Schweden Asyl gewährt wurde, ihren Urlaub in dem Land verbringen, aus dem sie geflohen sind.

Die Außenministerin antwortete nicht, sondern zeigte sich entrüstet. Seiner Meinung nach stellt Sällström Vermutungen an und versucht, „den Leuten Sch... vorzuwerfen“. Der Ministerin zufolge haben Ausländer mit einer schwedischen Aufenthaltsgenehmigung das Recht, das Außenministerium um Hilfe zu bitten, wenn sie in ihrem Heimatland Urlaub machen.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**07) Bischof enthüllt: „Es gibt einen Plan, Europa mit Einwanderern zu islamisieren“**

03.10.2021



***In wenigen Jahren wird Europa muslimisch sein. Im Jahr 2016 machte Monsignore Carlo Liberati, emeritierter Erzbischof von Pompeji, diese dramatische Vorhersage. Und heute kommen wir der Sache näher. Mehr und mehr.***

Nach Ansicht des Bischofs findet ein ethnischer Austausch statt, der zu einer Islamisierung Europas führt. Die Waffen der Islamisten sind keine Bomben, sondern die Gebärfreudigkeit ihrer Frauen.

„Ich befürchte, dass wir in zehn Jahren oder weniger aufgrund der demografischen Entwicklung alle Muslime in Europa sein werden. Sie haben sechs oder sieben Kinder, in Europa haben wir eine Geburtenrate von Null oder fast Null, Europa ist heidnisch und wir leben, als ob es Gott nicht gäbe, und verzichten darauf, unseren Glauben öffentlich zu bekunden, für den wir uns jetzt zu schämen scheinen. Ich stelle mir eine Frage: Gibt es die Katholizität noch?“.

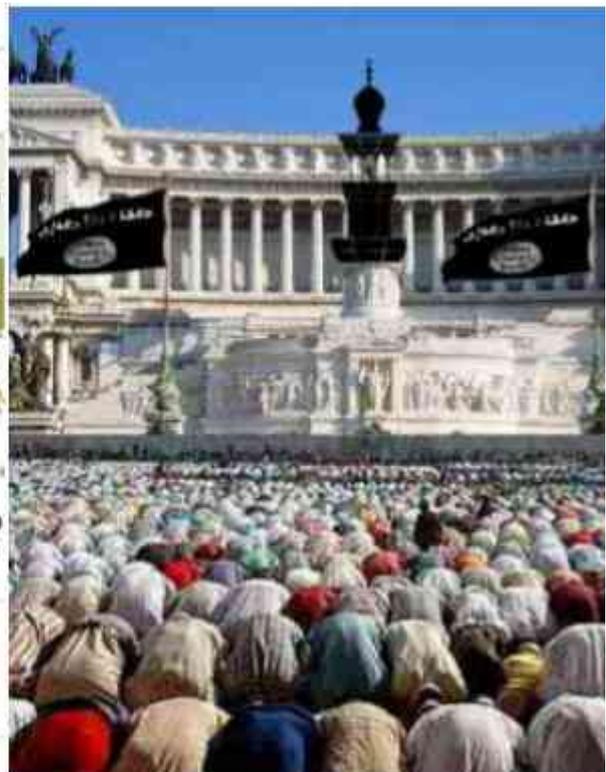
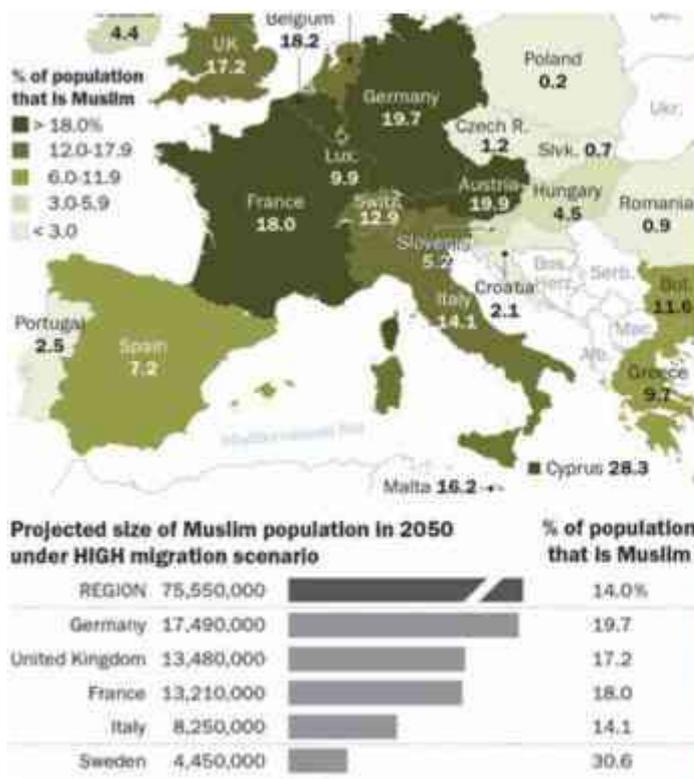
„Um den Islam zu stoppen, der eine Bedrohung darstellt, sollten wir uns alle an den glorreichen Geist von Lepanto und Wien erinnern, der es uns ermöglicht hat, das Abendland dank Maria und des Rosenkranzes zu retten, doch anstelle dessen suchen wir hier einen unmöglichen und samtigen Dialog mit denen, die uns unterjochen wollen, weil sie uns für Ungläubige halten. Der Islam stützt sich auf den Koran, der die Unterwerfung der Ungläubigen fordert. Ich möchte nicht als islamischer Mann sterben, und ich sage sogar, dass alle Christgläubigen das Schwert des Glaubens und der Wahrheit führen sollten. Der Islam ist gewalttätig, weil der eben gewalttätig ist, also sollten wir aufhören, an einen gemäßigten Islam zu glauben“.

„Diejenigen, die sagen, dass wir alle aufnehmen müssen, lügen entweder, aber sie wissen, dass sie lügen“, griff Liberati an, „oder sie sind Utopisten oder haben andere Pläne, vielleicht sind sie Opfer einer populistischen Demagogie. Ich denke, dass der ungarische Präsident Orbán hier Recht hat. Diejenigen, die islamische Länder verlassen, fliehen vor dem Islam, nicht vor dem Christentum. Ich frage mich, warum die reichen islamischen Staaten sie nicht aufnehmen? Wahrscheinlich gibt es einen Plan zur demografischen Islamisierung des Westens.“

Zu Beginn des Jahres 2019 stieg die Zahl der in Italien lebenden muslimischen Ausländer im Vergleich zu 2018 um 127.000 (sie lag bei 1,453 Millionen), während die Zahl der Christen um 145.000 zurückging (2018 lag sie bei 2,960 Millionen und machte 57,5 % der Gesamtzahl der Ausländer aus).

Die meisten der in Italien lebenden ausländischen Muslime haben die marokkanische Staatsangehörigkeit (440 000), gefolgt von Albanern (226 000), Bangladeschern (141 000), Pakistanis (106 000) und Ägyptern (111 000).

Die italienischen Vorstädte werden dann immer mehr wie die französischen Banlieus aussehen, weil es ohnehin keine Integration gibt.



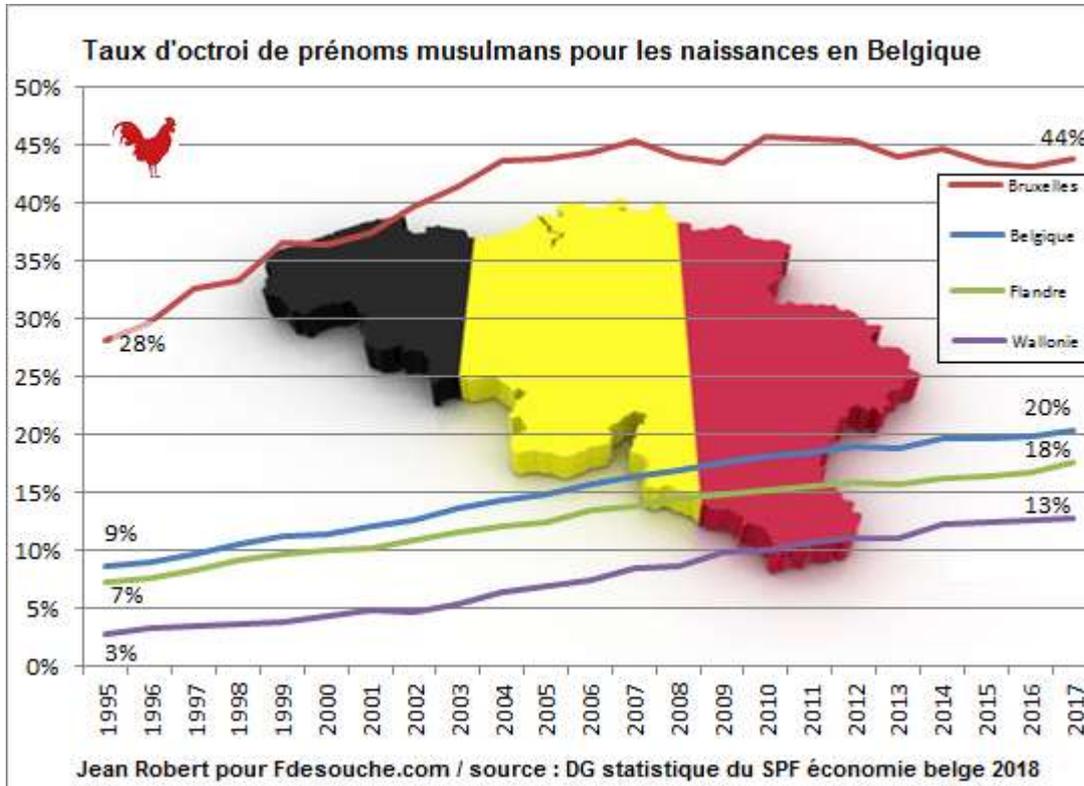
Die laufend kolportierten Terroranschläge sind nur ein Aspekt des laufenden Krieges. Dieser ist in erster Linie eine Frage der Demografie.

[<data:image/png;base64,iVBORw0KGgoAAAANSUHEUgAAAAEAAADGCA YAAAAT +OqFAAAAdkIEVQoz42QQQ7AIAgEF/T/D+kbq/RWAlnQyyazA4aoAB4FsBSA/bFjuF 1EOL7VbrlrBuusmrt4ZZORfb6ehbWdnRHEliITaEUKa5EJqUakRSaEYBJSCY2dEstQY 7AuxahwXFrVzMWI2rh4JZ07z9dLtesfNj5q0FU3A5ObbwAAAABJRU5Erk Jggg=>](data:image/png;base64,iVBORw0KGgoAAAANSUHEUgAAAAEAAADGCA YAAAAT +OqFAAAAdkIEVQoz42QQQ7AIAgEF/T/D+kbq/RWAlnQyyazA4aoAB4FsBSA/bFjuF 1EOL7VbrlrBuusmrt4ZZORfb6ehbWdnRHEliITaEUKa5EJqUakRSaEYBJSCY2dEstQY 7AuxahwXFrVzMWI2rh4JZ07z9dLtesfNj5q0FU3A5ObbwAAAABJRU5Erk Jggg=>)

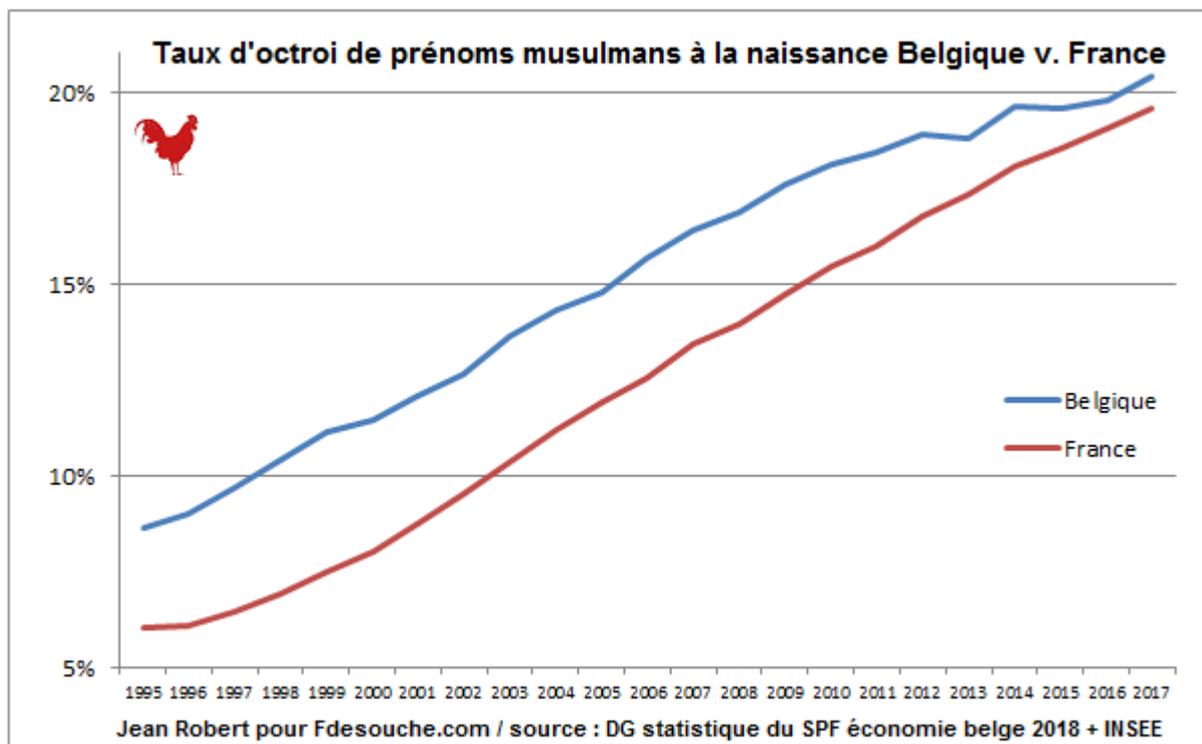
Es findet ein Völkermord statt. An uns. Wir sind wie Lämmer, die auf Ostern warten. Nur wir sind uns dessen bewusst, aber wir tun nichts, um es zu verhindern: und doch wären wir

noch rechtzeitig. Ähnliche demografische Katastrophen konnten in der Vergangenheit vermieden werden: Es bedarf lediglich einer Revolution und eines umfassenden Rückführungsplans. Eine Rückeroberung unseres Lebensraums.

Schon heute ist fast die Hälfte der Neugeborenen in Brüssel, dem Sitz der Europäischen Union, muslimisch:

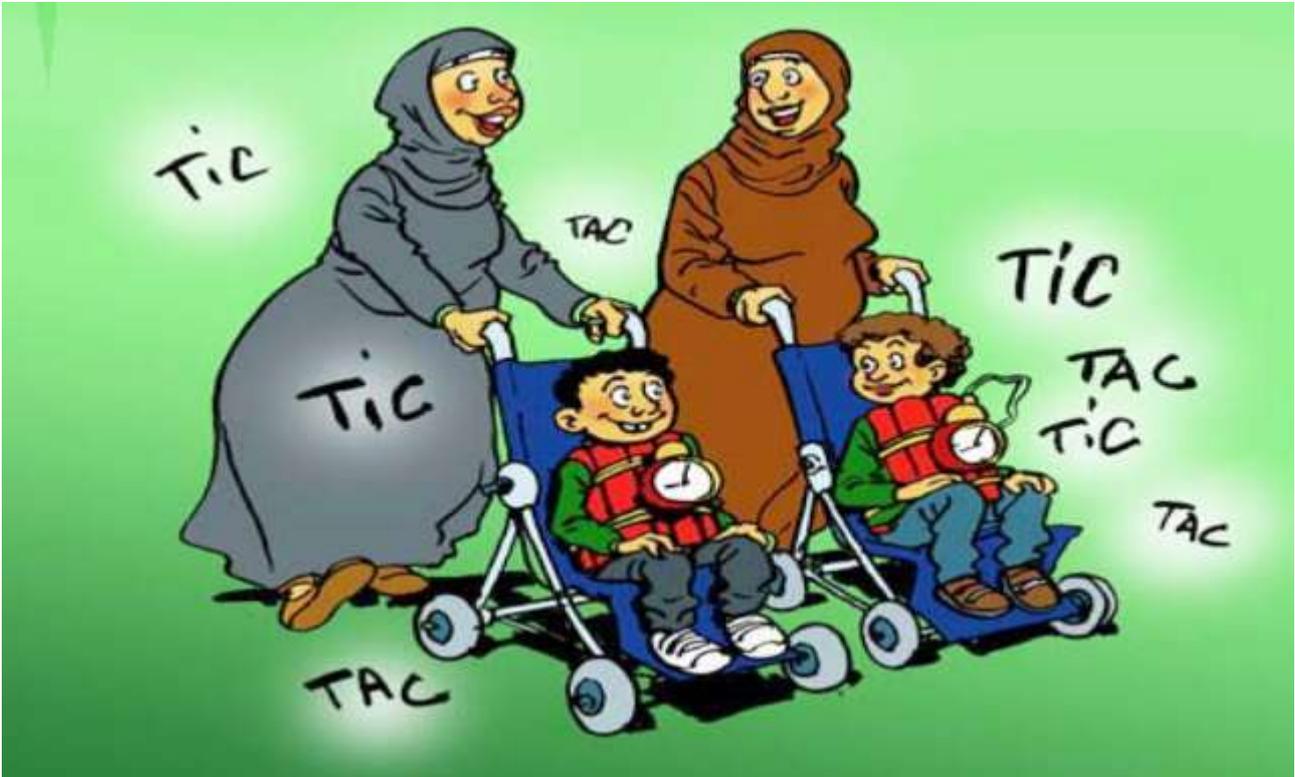


Wie zu erwarten war, steht Belgien im Allgemeinen schlechter da als Frankreich:



Genauso wird es in wenigen Jahren in Italien aussehen, wenn das absurde Gesetz zur Familienzusammenführung nicht aufgehoben wird.

Gewähren Sie Ihren Vertretern im Parlament keinen Aufschub! Stürmen Sie die sozialen Seiten mit dieser Aufforderung! Denn bald wird es zu spät sein. Die wahre islamische Massenvernichtungswaffe ist diese:



Stellen Sie sich in naher Zukunft eine islamische Partei vor, die mit einem Wähleranteil von etwa 15 % rechnen kann. In der Praxis könnte dann keine Regierung mehr ohne die politische Zustimmung der Islamisten zustande kommen.

Dies ist das Szenario, das die demografische Analyse des amerikanischen Forschungsinstituts Pew Research Center für die nächsten Jahre vorhersagt:



REGION	Projected size of Muslim population in 2050 under HIGH migration scenario	% of population that is Muslim
REGION	75,550,000	14.0%
Germany	17,490,000	19.7
United Kingdom	13,480,000	17.2
France	13,210,000	18.0
Italy	8,250,000	14.1
Sweden	4,450,000	30.6
Spain	2,810,000	7.2
Netherlands	2,790,000	15.2
Belgium	2,580,000	18.2
Austria	2,120,000	19.9
Switzerland	1,520,000	12.9
Norway	1,320,000	17.0
Denmark	1,100,000	16.0

Note: In the high migration scenario, 2014 to mid-2016 refugee inflow patterns continue in addition to regular migration. "Size of Muslim population in 2050 ..." column lists only countries with at least 1 million Muslims.  
 Source: Pew Research Center projections. See Methodology for details.  
 "Europe's Growing Muslim Population"

Das Szenario gilt für den Fall, dass die Migrantenflüsse anhalten. Damit würde Italien in einigen Jahren fast an Länder wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland heranreichen, denen Italien heute mit knapp über 3 % noch hinterherhinkt. In der Praxis werden sie sich vervierfachen, während sie sich in Europa im Allgemeinen verdreifachen werden.

Bei den derzeitigen Raten wird Italien im Jahr 2050 über 8 Millionen muslimische Einwohner haben. In Städten wie Mailand, wo der Anteil der muslimischen Bevölkerung bereits doppelt so hoch ist wie im Landesdurchschnitt, wird es bis 2040 eine ausländische Mehrheit geben: unsere Enkel werden als Ausländer in ihrem Heimatland leben. In Brescia wird dieser demografische Umschwung noch viel früher eintreten.

Wir sind nur noch ein paar Jahre von der Katastrophe entfernt. Einige Jahre vor dem Punkt, an dem es kein Zurück mehr gibt.

Quelle: [VoxNews](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**08) Marcin Romanowski: „Einwanderungswelle 2015 war demografischer und kultureller Plan zur Umgestaltung der europäischen Gesellschaft“**

***Interview mit Marcin Romanowski, stellvertretender Justizminister Polens, in seinem Büro im Justizministerium in Warschau.***

Von Álvaro Peñas

29. 09. 2021



Marcin Romanowski · Foto: El Correo de España

**Während der von der weißrussischen Regierung provozierten Migrationskrise gegen Polen und die baltischen Länder waren die Aktionen linksextremer Aktivisten, die festgenommen wurden, weil sie den Grenzzaun beschädigt hatten, sehr auffällig. Wie ist die Situation jetzt an der Grenze?**

Dies ist aufgrund des vom Staat verhängten Ausnahmezustands nicht mehr möglich. Ich glaube auch, dass diese Gruppen erkannt haben, dass sie nicht die Unterstützung der großen Mehrheit der Polen haben, die sich Sorgen um die Sicherheit und um diesen hybriden Krieg machen, den das Lukaschenko-Regime führt. In dieser Krise ist es jedoch ganz klar, dass die Reaktion der polnischen Regierung im Einklang mit unseren Verpflichtungen als Mitglied der internationalen Rechtsgemeinschaft steht. Es handelt sich nicht um eine Flüchtlingskrise, sondern um eine von den weißrussischen Behörden organisierte und bezahlte Migrationskrise. Ich bin mehr als sicher, dass Sie den Unterschied verstehen können.

**Ja, ich war in Weißrussland, und der Gedanke, dass ein Migrant auf diese Weise an der Grenze ankommen kann, ist unvorstellbar.**

Das ist es. Der einzige Fall von Flüchtlingen aus Weißrussland, den wir kennen, ist der von Mitgliedern der demokratischen Opposition, nicht aber der von Menschen aus Afghanistan oder dem Irak. Es gibt den Fall von Kristina Timanowskaja, die an den Olympischen Spielen in Tokio teilgenommen hat und in Polen aufgenommen wurde, oder den Fall von Oppositionsanhängern, die hier oder in Litauen Zuflucht gefunden haben. Dies sind zwei völlig unterschiedliche Probleme.

**In diesem Fall hat Polen sogar die Unterstützung der Europäischen Union.**

Genau, das ist ungewöhnlich. Das Problem der Einwanderung, das Europa betrifft, muss jedoch gelöst werden, aber nicht so, wie es 2015 angegangen wurde. Nun wollen viele Regierungen diese Erfahrung nicht wiederholen, auch wenn weiterhin eine große Zahl von Migranten nach Europa kommt, um in vielen Ländern als billige Arbeitskräfte eingesetzt zu werden oder um das demografische Problem zu lösen. Die Herausforderung, vor der Europa steht, ist ein Problem des Zusammenpralls der Zivilisationen, des übermäßigen Einflusses von Kulturen wie dem Islam, die unsere Werte nicht teilen und sich daher nicht in die europäische Gesellschaft integrieren. Für uns war diese Einwanderungswelle im Jahr 2015 ein demografischer und kultureller Plan zur Umgestaltung der europäischen Gesellschaft. Ich erinnere mich, dass zum Beispiel in Deutschland die Unterschiede vor zwanzig Jahren und heute enorm sind. Das Problem der Unsicherheit und andere aktuelle Probleme gab es vor 20 Jahren noch nicht. Wir wollen nicht, dass dies in Polen geschieht.

**Unsicherheit ist ein wachsendes Problem in Deutschland, Frankreich oder Spanien, wo Ghettos oder „No-Go-Zonen“ immer häufiger werden. Dies ist in Polen nicht der Fall.**

Polen ist ein sehr sicheres Land. Wir haben dank der Politik der Regierung keine Probleme mit der Kriminalität, und damit sich das nicht ändert, werden wir unsere Politik kein bisschen ändern.

**In Ungarn wurde ein Kinderschutzgesetz verabschiedet, das jedoch in Europa wegen angeblicher „LGBT-Phobie“ scharf angegriffen wurde. Haben Sie erwogen, ein ähnliches Gesetz in Polen zu formulieren, oder brauchen Sie im Moment keines?**

Meiner Meinung nach haben wir in Polen die gleichen Probleme. Wir können das an dem sehen, was gerade in Europa mit diesem Vorschlag der Kommission passiert ist, der in einem Satz zusammengefasst ist: „Homo-Ehe in einem Land, Homo-Ehe in allen Ländern“. Hier geht es darum, unterzeichnete Verträge zu umgehen und die Homo-Ehe in Polen und Ungarn auf der Grundlage der Freizügigkeit einzuführen. In den Verträgen und in der EU-Grundrechtecharta ist jedoch eindeutig festgelegt, dass Ehe und Familie nach den nationalen Gesetzen und nicht nach der ideologischen Agenda der EU bestimmt werden. Wir werden diesem Druck nicht nachgeben und natürlich werden wir die in anderen Ländern geschlossenen gleichgeschlechtlichen Ehen nicht in unser Standesamt aufnehmen. Für uns ist eine Ehe die Vereinigung eines Mannes und einer Frau.

Wir hatten einige Probleme mit Vorwürfen der Ungleichbehandlung und Diskriminierung gegen Polen und gegen einige lokale Regierungen. Sie haben vielleicht schon von „LGBT-freien Zonen“ gehört, die es natürlich nicht gibt. In Wirklichkeit handelte es sich um die Reaktion Hunderter von Kommunalverwaltungen auf die vorherrschende Gender-Propaganda. Die Europäische Union hat versucht, diese Lokalregierungen mit dem Argument des Geldes und des Abzugs von europäischen Geldern zu erpressen, damit sie ihre Meinung ändern. Im Allgemeinen haben wir also die gleiche Situation wie Ungarn. Unsere Verfassung besagt in Artikel 18, dass die Ehe die Vereinigung von einem Mann und einer Frau ist, und in der Absicht ihrer Verfasser sehen wir, dass diese spezielle Bestimmung geschaffen wurde, um die Probleme, die wir heute haben, zu lösen. Diese sehr genaue Definition der Ehe wurde vorgenommen, weil sich die Abgeordneten bewusst waren, dass wir in Zukunft mit diesem Problem konfrontiert werden würden.

Das Hauptproblem des Schutzes von Ehe und Familie besteht darin, den ideologischen Angriffen zu begegnen, die von der EU und zum Teil von NRO organisiert werden, bei denen man Verbindungen zu Soros findet. Letzten Monat wurde ein Bericht über die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Polen veröffentlicht, und im Allgemeinen heißt es in dem Bericht, dass es kein wirkliches Problem mit häuslicher Gewalt oder Gewalt gegen Frauen gibt. Von unserer Seite aus sollten sie wissen, dass wir niemals beschließen werden, unser Rechtssystem auf eine subjektive und zerstörerische Ideologie zu gründen.

**Eine Gender-Ideologie, die laut der europäischen Präsidentin Ursula von der Leyen den Kern der europäischen Werte darstellt.**

Meiner Meinung nach sind das Anti-Werte, denn wir alle wissen, dass die wahren europäischen Werte christliche Werte sind. Jetzt haben wir ein weiteres ernstes Problem, weil wir diese Werte vergessen haben und den Grundwerten und Menschenrechten eine neue Bedeutung gegeben haben. Heute dienen sie vielmehr als eine Art politisches Instrument, das es den neoliberalen Eliten ermöglicht, ihre politische Agenda im Namen von konstruierten und verkommenen „Menschenrechten“ durchzusetzen, die in Wirklichkeit deren Negation sind.

**Im Rahmen dieser Rückbesinnung auf die wahre Bedeutung der Menschenrechte scheinen akademische Initiativen von entscheidender Bedeutung zu sein. Soweit ich weiß, engagiert sich das Justizministerium in diesem Bereich durch die Justizakademie.**

In der Tat hat die Justizakademie vor kurzem ihr akademisches Programm mit der Eröffnung der juristischen Fakultät erweitert. Die Universität ist für die Vorbereitung der Schule auf künftige Gerichtsvollzieher zuständig. Darüber hinaus hat im Januar dieses Jahres das Forschungsinstitut für Europäische Politik seine Arbeit aufgenommen, eine sehr interessante Initiative im Hinblick auf die Problematik der Eliten, der Hochschulbildung und

der Forschung. Wir müssen begreifen, dass die neomarxistische Revolution und die „Frankfurter Schule“ zur wichtigsten und ausschließlich erlaubten Ideologie an den Universitäten geworden sind, so dass diese Art von Gegenrevolution Teil unserer Aufgabe ist. In Polen sagt man, dass „ein Fisch vom Kopf abwärts verrottet“, d.h. ein Staat fällt, wenn seine Führung verrottet ist.

Das gleiche Problem, das an den Universitäten aufgetreten ist, lässt sich auch in unserer Justiz beobachten. Die kommunistische Elite und ihr Einfluss wurden nie aus der Akademie und den Gerichten entfernt, die ehemaligen Kommunisten passten sich den aktuellen Gegebenheiten an, und jetzt sind wir mit einem Mangel an Rede- und Forschungsfreiheit an den Universitäten konfrontiert. Viele konservative oder christliche Studenten haben Angst, ihre Meinung offen zu äußern, weil sie mit Problemen bei ihren Prüfungen rechnen müssen. Es gab zahlreiche Fälle von Diskriminierung konservativer Professoren und Forscher, beispielsweise in Kattowitz, Thorn oder Warschau. Das Problem ist in ganz Polen verbreitet, und die vor zwei Jahren durchgeführte Reform hat es nicht gelöst. Deshalb sind Initiativen wie unsere Akademie der Justiz (Szkola Wyższa Wymiaru Sprawiedliwości) und andere Projekte eine Möglichkeit, einen echten Raum für Redefreiheit und Forschung zu schaffen. Es ist von entscheidender Bedeutung, sich dem Wiederaufbau der Menschenrechte und der europäischen Werte zu widersetzen, den wir heute erleben.



**Alvaro Peñas**

Als leidenschaftlicher Geschichtsinteressierter und unermüdlicher Reisender kennt er die Länder des Ostens, die er häufig bereist, und deren politische Situation er dank seiner Freundschaften mit Journalisten und Politikern der patriotischen Parteien in vielen dieser Länder sehr gut kennt

## **El Correo de España**

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION..

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**09) Der Stacheldrahtzaun an der litauisch-weißrussischen Grenze ist bereits im Bau**

30. 09. 2021



Litauen baut einen Zaun entlang seiner Grenze zu Weißrussland, um sich vor Migranten zu schützen · *Bildquelle: FDS / Twitter*

Der Bau eines Stacheldrahtzauns an der weißrussischen Grenze zur Eindämmung der illegalen Einwanderung hat in Litauen begonnen, teilte die für den Bau zuständige zwischenstaatliche Kommission am Mittwoch mit. Der Zaun wird von dem staatlichen Unternehmen Epso-G gebaut, das die Ausschreibung gewonnen hat. Die Zaunlinien wurden bereits in mehreren Abschnitten abgesteckt und die Baumaschinen sind auf der Baustelle eingetroffen. Der Maschendrahtzaun wird vier Meter hoch sein, mit Stacheldraht an der Spitze und bis zu drei Meter hoch. Die Kosten für die Arbeiten, die aus Haushaltsmitteln finanziert werden, werden auf 152 Millionen Euro geschätzt.

***Litauen hatte gehofft, finanzielle Unterstützung von der Europäischen Union zu erhalten, aber Brüssel hat deutlich gemacht, dass es sich nicht am Bau von Barrieren und Grenzzäunen beteiligen wird.***

Litauen hat eine 1.070 Kilometer lange Schengen-Grenze, wovon rund 680 Kilometer auf den weißrussischen Teil entfallen. Seit Jahresbeginn haben mehr als 4.100 illegale Einwanderer aus asiatischen und afrikanischen Ländern diese Grenze überquert, 50 Mal mehr als im gesamten letzten Jahr. Das litauische Innenministerium teilte am Mittwoch mit, dass die Grenzpolizei am vergangenen Tag 63 illegale Migranten auf die andere Seite der Grenze zurückgeschoben hat. Auch Soldaten und Polizisten wurden zum Schutz der Grenze eingesetzt. Auch Lettland kündigte Anfang September an, einen Stacheldrahtzaun an der weißrussischen Grenze zu errichten, und Polen kündigte Ende August an, einen zweieinhalb Meter hohen Zaun zu errichten und die Zahl der zur Unterstützung des Grenzschutzes eingesetzten Soldaten auf 2.000 zu erhöhen. Der polnische Präsident Andrzej Duda verhängte am 2. September den 30-tägigen Ausnahmezustand im

Grenzgebiet. Die polnisch-weißrussische Grenze wird derzeit durch einen zweieinhalb Meter hohen Zaun entlang eines achtzig Kilometer langen Grenzabschnitts geschützt, der insgesamt 180 Kilometer lang sein soll.

Dieses und andere EU-Länder haben den weißrussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka beschuldigt, als Vergeltung für die Strafmaßnahmen des Westens gegen das belarussische Regime absichtlich Migranten an die EU-Grenze zu bringen. Minsk hat kürzlich beschlossen, mit mehreren Ländern des Nahen Ostens und Afrikas eine visafreie Regelung einzuführen und seinen Flughafen in Hrodna (Grodno), nahe der polnischen und litauischen Grenze, zu internationalisieren. Lukaschenko gibt den Nachbarländern die Schuld an der Migrantenkrise.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*